

## Wahlprogramm SPD 2021

### Zusammenfassende Einschätzung

#### Der Abschied einer Volkspartei

Man muss es leider so deutlich sagen: Mit dem hier vorgelegten Programm könnte sich die SPD als Volkspartei verabschiedet haben. Der Trend zu immer stärker politisch Richtung links gewendeter Politik, der sich bereits in den letzten Wahlen verstetigt hatte, wird im Programm anno 2021 einmal mehr sehr deutlich. Das ist festzuhalten, auch wenn das Programm in weiten Teilen wiederholt vage bleibt.

Solches zeigt sich nicht nur im wirtschaftspolitischen Teil, sondern auch gesellschaftspolitisch. So muss man konkrete bildungspolitische Vorschläge – eigentlich ein MUSS für die einstige Arbeiter- und Aufsteigerpartei SPD – fast mit der Lupe suchen. Rechtsextremismus wird klar angeprangert, auch nur das Wort „Linksextremismus“ findet sich im Wahlprogramm nicht ein einziges Mal. Dagegen ist das Gendersternchen ein wichtiger Teil des Programms geworden.

Wirtschaftspolitisch scheint sich die SPD immer weiter von jeglichem Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft zu entfernen. Freies Unternehmertum und freies Wirtschaften finden nicht eine Erwähnung. Vielmehr dürfen und sollen Unternehmen nur dann erfolgreich sein, wenn diese sich den Zielkatalogen der SPD unterordnen. Jegliche Innovationen und Erfolge der letzten Jahre werden Politik und Zivilgesellschaft zugeschrieben – nicht aber den Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Arbeitnehmern. Aus all dem leitet die SPD ab: „Wir brauchen den Staat als strategischen Investor, als Ordnungs- und Gestaltungsmacht zur Lösung der Herausforderungen unserer Zeit.“ Tatsächlich?

Auch der Wunsch nach straffer staatlicher Lenkung wird an vielen Stellen deutlich. So werden „die Sozialdemokraten dafür sorgen, dass...“. Nicht Wirtschaft, Verbraucher, Arbeitnehmer und Konsumenten definieren nach SPD-Lesart, wie die Gesellschaft wirtschaftlich zu funktionieren hat – das erledigen die Sozialdemokraten.

Sozialpolitisch möchte die SPD dein „Rundum-Sorglos-Paket“ für alle und jeden sowie jede Lebenslage schaffen. Das bedeutet im Umkehrschluss auch, dass Leistung keine Rolle mehr spielen würde, da der Staat ja in jedem Falle für die Sicherheit auf allen Ebenen sorgt. Sogar das „Recht auf Arbeit“ soll verwirklicht werden. Das mag manchen an die „DDR“ erinnern.

Selbstredend wird die Idee des „Verantwortungseigentums“ – de facto ein feiner erster Schritt in Richtung auf eine Vergesellschaftung betrieblichen Vermögens – von der SPD favorisiert. Unternehmen ohne Unternehmer, despersonalisierte Entitäten ohne personales Eigentum, das erkennt die SPD heute als etwas ihr gemäÙes. Darüber hinaus finden sich – insbesondere auch im Immobiliensektor – auch in anderen Textpassagen unterschwellige Enteignungsphantasien.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass der „Kanzler“-Kandidat Scholz als ein Feigenblatt für ein durchaus dunkelrotes Programm dienen dürfte und die starke Tendenz weiter Teile der Basis, der Funktionärschicht und inzwischen auch des Parteivorstandes zu einer immer ausgeprägteren spätsozialistischen Politik kaschieren soll.

## Digitalisierungs- und Technologiepolitik

Die Abschnitte im Bereich der Digitalisierungspolitik und der Technologieförderung atmen den Geist einer gewachsenen Technikskepsis, wenn nicht gar Technikfeindlichkeit. Anders als die Sozialdemokratie der 60er Jahre, die schon mal gerne die Kernenergie euphorisch begrüßt hatten, sieht das aktuelle Programm der SPD bei technologischen Neuerungen zuerst enorme Risiken, die umgehend zu regulieren bleiben.

Dies zeigt sich etwa bei der Befürchtung, dass die Automatisierung und Digitalisierung den Arbeitsmarkt hauptsächlich negativ beeinflussen wird, indem viele Jobs wegfallen oder, dass der Einsatz von Künstlicher Intelligenz überwiegend Risiken berge. Im ersten Fall soll die Mitsprache der Betriebsräte ausgebaut werden (und sich etwa auch auf Entscheidungen über den Einsatz von KI erstrecken), im Zweiten sollen umfangreiche Dokumentations-, Prüf-, Haft- und Berichtspflichten für Unternehmen implementiert werden. Es wird fast der Eindruck erweckt, dass die Technologie lediglich dazu diene, dass der Arbeitgeber ein neues Instrument an die Hand bekomme, um seine Arbeitnehmer zu gängeln.

Insgesamt soll ein übermächtiger Staat die Unternehmen – denen aus Sicht der heutigen SPD-Kader im Zweifel so gar nicht zu trauen ist – eng an die Leine nehmen. Beispiele hierzu sind:

- Datenteilungspflicht: Bestimmte Unternehmen sollen gezwungen werden ihre Daten zu teilen und damit Konkurrenten zur Verfügung zu stellen. Hier soll eine Sozialisierung von (Daten)Eigentum stattfinden
- Sozialromantik: „gemeinwohlorientierte digitale Dienstleistungen“ als Gegenmodell zu kommerziellen Angeboten
- Industriepolitik: Identifizierung von Zukunftsbereichen durch den Staat und massive finanzielle Förderung.
- Starke Regulierung dazu, wie sich Menschen im Cyberraum zu verhalten und zu bewegen haben. Es zeigt, dass die SPD die Funktionsweise und Eigenlogiken des Internets bis heute nicht verstanden hat.
- Digitalsteuer
- Datenschutz: Hier soll weitergemacht werden wie bisher, obwohl doch gerade Corona Reformbedarf aufgedeckt hat (Stichwort Gesundheitsdaten)
- Bindung von Vergaberecht an (überwirtschaftliche) ethische Ziele wie Nachhaltigkeit und Diversität

Wettbewerbsrecht wird allzu unterkomplex als Bekämpfung von Marktmacht – oder vielmehr als Bekämpfung von jedem, der in Verdacht gerät, erfolgreicher zu wirtschaften als andere – verstanden. Die Schuldzuschreibung wird einfach gehandhabt: Hier die kleinen unschuldigen europäischen Unternehmen, dort die omnipotenten US-amerikanischen Hightech-Riesen, die ihre prekär angestellten Mitarbeiter ausbeuten, keine Steuern zahlen und irgendwie vermutlich auch lange nicht mehr innovativ seien.

- gut hingegen der Hinweis auf die Interoperabilität (zur Vermeidung von Lock-In-Effekten)
- positiv auch die klare Haltung zu sicheren 5G-Netzen
- negativ: Börsensteuer, um den Kleinanleger zu bestrafen, der privat fürs Alter vorsorgen will

## Energie und Klima

In den Bereichen der Energie- und Klimapolitik scheint die SPD sich vergaloppiert zu haben. Oftmals scheint die Devise zu sein: „Grüner als die Grünen“. Die durchaus guten Ansätze von Teilen der Bundestagsfraktion kommen im Wahlprogramm viel zu kurz. Im Grundsatz wird die – de facto gescheiterte Klimapolitik und Energiepolitik – der sog. nationalen Energiewende fortgeführt. Man könnte das salopp zusammenfassen: „Wenn schon gegen die Wand, dann mit Vollgas!“ Im Ergebnis ist dieser Teil des SPD-Programms leider Planwirtschaft, Regulierung und staatliche Bevormundung und auf allen Ebenen durchdekliniert. Schade: Es gibt durchaus intelligente Ansätze einzelner Personen in der SPD. Das Wahlprogramm ist in jedem Falle weder geeignet das Klima zu schützen, noch Wirtschaftswachstum und Wohlstand zu fördern.

Für ein globales Problem wie den Klimaschutz ist ein Programm, das den Klimaschutz bis auf die kommunale Ebene runterdekliniert schlichtweg ungeeignet. Im globalen Wettbewerb werden die Unternehmen so zurückgeworfen – und das, obwohl die deutschen Unternehmen die vermutlich ökologischsten der Welt sind.

### Kernpunkte:

- Belohnung nur von „klimafreundlichem“ Unternehmertum – Ausgestaltung unklar
- Die SPD will das nächste Jahrzehnt zum „Jahrzehnt der Erneuerbaren“ machen. Auch hier bleiben allerdings konkrete Ansätze aus.
- Festmachen von deutschen Exporterfolgen ausschließlich an der Branche der erneuerbaren Energien, während andere Klimaschutztechnologien bereits seit Jahrzehnten – nahezu unbegleitet vom Staat – in alle Welt exportiert werden.
- Auch die Klimaschutzziele wurden – entsprechend den Beschlüssen auf Bundesebene – nochmal angepasst. Das heißt: Klimaneutralität im Jahr 2045, 65 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduzierung bis 2030.
- Das Ziel der SPD: Im Jahr 2050 basiert die Energieversorgung vollständig auf „Erneuerbarer Energie“. Dabei bleibt unscharf, was damit genau gemeint ist. Gleichwohl ein gefährlicher Ansatz, der ausschließlich auf eine Technologie abstellt und das Ziel nicht thematisiert.
- Im Jahr 2050 soll das Ziel einer CO<sub>2</sub>-neutralen Industrie erreicht sein.
- Die SPD will auch eine Beschleunigung des Ausbaus der Energieinfrastruktur, was unter den Parteien wohl unstrittig ist.
- Vereinbarung verbindlicher Ausbaupfade bis auf kommunale Ebene hinunter
- Die SPD möchte die Bedingungen beim Mieterstrom verbessern und eine „gemeinschaftliche Eigenversorgung“ stärken, was darauf hinausläuft, Eigenversorgungsanlagen für mehrere Hausbesitzer o.ä. zugänglich zu machen. Das ist vorsichtig positiv zu bewerten.

- Die im Programm erwähnten nachhaltigen Stromanleihen dürften darauf hinauslaufen, dass die SPD anstrebt sich über den Kapitalmarkt zu verschulden, um die gewünschten Investitionen finanzieren zu können. Das wiederum bedeutet aber eine Art Schattenhaushalt und eine Umgehung der Schuldenbremse.
- Die EEG-Umlage soll immer stärker aus Bundeshaushalt finanziert werden.
- Optional zu späterem Zeitpunkt: Eine Ausschüttung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung an die Bürger – dabei wird eine Pro-Kopf-Auszahlung angestrebt, da diese sozial ausgewogen sei.
- Der CO<sub>2</sub>-Preis soll ausschließlich von Vermietern getragen werden. Klimaschonende Lösungen für gesamte Wohnquartiere – an sich ein sinnvolles Konzept – sollen staatlich gefördert werden.
- Industriestrategie: Einbettung nationaler Industriestrategie in europäischen Green Deal, direkte staatliche Investitionsförderung für klimaschonende Produktionsprozesse, Verlagerungen ins Ausland sollen unattraktiv gemacht werden
- Unterstützung beim Umbau zur Klimaneutralität für Schlüsselindustrien. Offen bleibt, welche „Schlüsselindustrien“ gemeint sind, und was mit dem Rest der Industrie geschehen soll. Es steht zu befürchten, dass außer bei der im Zweifel konzernlastigen Grundstoffindustrie, eher Belastungen angehäuft werden und somit die verarbeitende Industrie die Zeche zahlt.
- Erzeugung von Leitmärkten für Wasserstoff-Technologien – Dabei wird gedanklich wohl vorausgesetzt, dass das „Leitmarkt-Konzept“ schon früher immer gut geklappt habe, wobei dieser Voraussetzung nicht gefolgt werden kann.

## Arbeit und Soziales

Der Bereich „Arbeit & Soziales“ stellt sich mit den altbekannten Forderungen der SPD als sozialistischer Voll-Sortimenter zur Wahl. Jeder Rest an Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt soll nun final auch noch beschnitten werden. Das sozialpolitische Füllhorn soll weiter ausgeschüttet werden. Der letzte Rest von Wettbewerb im Bereich „Gesundheit“ soll eingeebnet werden. Es bleibt rätselhaft, wie die SPD mit ihren arbeitsmarktpolitischen Forderungen jenes Wachstum generieren will, um die Folgen der Pandemie abzumildern und dann auch noch genug Geld für neue soziale Wohltaten übrig zu haben.

Aber dieses Geheimnis wird die SPD womöglich in die wohlverdiente Opposition nehmen?

### Kernpunkte:

- Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich
- Neujustierung der Vergabe öffentlicher Aufträge (noch stärkerer Fokus auf vergabefremde Kriterien, sozial wie ökologisch)
- Gesetzlich festgelegter Mindestlohn von 12 Euro (politischer Lohn)
- nochmalige Absenkung der Hürden, um Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären zu lassen (rein in den Tarifzwang)
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- Einschränkung der Befristung mit Sachgrund
- „Equal Pay“ ab dem ersten Tag bei der Zeitarbeit
- Ausweitung der Mitbestimmung von Betriebsräten (Datenschutz, Arbeitszeit, mobiles Arbeiten), Mehr Einfluss ohne Haftung!?

- Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten
- längerer Bezug von Arbeitslosengeld I
- großzügigere Regelungen bei der Vermögensprüfung von Hartz-IV, Schleifen der Sanktionen
- Rentenniveau dauerhaft bei 48 Prozent
- keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit!
- Rentenversicherungspflicht mittelfristig für alle
- Pflegeversicherung als Vollversicherung und als Bürgerversicherung (alle zahlen ein!)

## Bildungspolitik

Im Bereich der für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands so elementaren Bildungspolitik bleibt die einstige Aufsteigerpartei SPD schwach. Bis auf wenige und darüber hinaus allgemeine Aspekte findet sich im SPD-Programm wenig hierzu. Dabei kann es kaum wichtigere Weichenstellungen geben als solche im Bereich Bildungspolitik. Entschuldigend könnte angeführt werden, dass Bildungspolitik Ländersache ist. Gleichwohl wäre zu erwarten, dass die SPD wenigstens einmal die Grundzüge ihrer Vision für die Bildungspolitik skizziert. Ohne Bildung kein sozialer Aufstieg. Und Deutschland ist ein Land mit extrem ungleich verteilten Chancen auf Bildungsabschlüsse. Leider kümmert das die SPD nicht wirklich. Es geht der SPD mehr um Verteilungsfragen, wenn das Kind Bildung schon in den Brunnen gefallen ist.

- Ausstattung aller Schüler mit digitalen Endgeräten + Lehr- und Lernmaterialien auf Plattformen + intelligente Lernsoftware
- Fachkräfteoffensive auf allen Ebenen, um die Bildungseinrichtungen personell besser auszustatten
- beitragsfreie Kitas und Ganztagschulen
- „Chancenheifer“ in Schulen, um benachteiligten Schülern mehr Zugang zu Bildungsangeboten u. ä. zu eröffnen

## Steuerpolitik & Haushaltspolitik

Nach einer Legislaturperiode Olaf Scholz im Finanzministerium ist man zum Bereich Steuer- und Haushaltspolitik steuerpolitisch ohne große Erwartungen. Das SPD-Programm hat hier für die Wirtschaft im Wesentlichen eine klare Botschaft: Gott sei Dank gab es noch die CDU als Koalitionspartner! Man kann anhand des Wahlprogramms nun noch konkreter erahnen, was der Wirtschaft in einem SPD-regierten Land im 21. Jahrhundert droht. Unter dem Deckmantel von „Steuergerechtigkeit“ werden Forderungen aufgestellt, die sich kaum von denen unterscheiden, die auch im Grünen-Wahlprogramm zu finden sind.

Auffällig ist, dass das Wahlprogramm immer auch Anteile eines Rechenschaftsberichts enthält – die SPD geradezu verzweifelt versucht ihre „Erfolge“ der Vergangenheit als Argument für eine Wahl der SPD auch in der Zukunft zu verkaufen.

Wie bei dem Gros der Programme findet sich bei der SPD kein eigener „Haushaltsabschnitt“. Zur Finanzierung aller Wahlkampffideen sollen freilich Steuererhöhung und Vermögensteuern dienen. Bemerkenswert: Zur Schuldenbremse schweigt sich die SPD als einzige Partei nahezu gänzlich aus. Soll man sich bereits darüber freuen? Nein, denn: Wer sich bei so einer wichtigen Zukunftsfrage der Stimme enthält, verspielt dadurch das Vertrauen künftiger Generationen.

## Kernpunkte:

- Einführung Anzeigepflicht nationale Steuergestaltungen
- Einführung Country by Country Reporting (bei uns auch als europäischer Unternehmensranger bekannt)
- Share Deals in der Grunderwerbsteuer abschaffen (könnte bei unseren Mitgliedern schon bei alltäglichen Umstrukturierungen zur massiven Steuerzahlungen führen)
- „Steuern für die Mehrheit senken“ (...) „obere 5 Prozent stärker an Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranziehen“
- Reform ESt-Tarif: plus 3 Prozent ab Einkommensanteil über 250.000 Euro/Jahr (Verheiratete 500.000 Euro) (aktuell zahlt diese Gruppe ab 274.613 Euro (Verheiratete das doppelte) 45 Prozent - dann also 48 Prozent)
- Beibehaltung Soli
- Änderung Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen (Ausgestaltung unklar)
- Begrenzung steuerliche Abzugsfähigkeit Managergehälter auf das 15-fache des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten im Betrieb
- Reform Spendenabzugsfähigkeit: für alle die gleiche einkommensunabhängige Steuererminderung (im Entwurf noch: „alle Aufwendungen gleich behandeln“)
- Wieder in Kraft setzen der Vermögenssteuer: 1 Prozent auf „sehr hohe Vermögen“ mit „hohe persönliche Freibeträge“, Sicherstellung, dass keine Arbeitsplätze gefährdet werden – Grundlage von Betrieben wird verschont (genauso unkonkret wie bei den Grünen)
- Reform der Erbschaftsteuer: Mindestbesteuerung zur Abschaffung „Überprivilegierung großer Betriebsvermögen“
- Einführung Finanztransaktionssteuer
- „Einführung Mindeststeuer und (!) einer fairen Besteuerung sogenannter Digitalunternehmen“ (also Mindeststeuer – was okay ist - und Digitalsteuer on top!!)
- Abschaffung Steuerbefreiung bei nicht selbst genutzten Grundstücken nach 10 Jahren
- „Globales Register für mehr Transparenz“ – Stichwort „Vermögen und Unternehmensgewinne“ (also Ausweitung Transparenzregister)
- Überwindung Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen (Europa)

## Verkehr

Im Kapitel „Verkehrspolitik“ kommt man ohne staatlichen Zwang oder massive Markteingriffe kaum aus, da die SPD überaus genaue Vorstellung hat, wie der Bürger künftig seine Mobilität sicherstellen soll. Es werden dabei auch gewaltige Versprechungen gemacht.

So soll zum Beispiel jeder Bürger einen wohnortnahen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr haben. Das dürfte nicht allein sehr teuer und damit eher unrealistisch sein, sondern auch ökologisch sehr fragwürdig. Interessant ist allerdings, dass die hier erforderlichen Ausgaben an keiner Stelle thematisiert werden. Diese dürften nach einer groben Einschätzung im Viel-Milliardenbereich liegen. Darüber hinaus nimmt auch hier die politische Lenkung Überhand. Eine selbstgewählte Mobilität des Bürgers ist so kaum vorgesehen.

- Bis 2030 Austausch aller Busse und Bahnen hin zu klimaneutralen Fahrzeugen. Der Bund soll einen Beitrag leisten. Kosten?
- Massive Investitionen dürften darüber auch dem Staatskonzern Bahn zufließen, dessen Infrastruktur für jede Stadt in Deutschland für einen hohen Takt ertüchtigt werden soll.

Besonders bedrückend ist dabei die völlige Fokussierung auf die Deutsche Bahn AG, während andere Bahnen als „Billiganbieter“ diffamiert werden. Die Deutsche Bahn AG soll darüber hinaus auf gemeinwohlorientierte Ziele ausgerichtet werden.

- Völlige Fokussierung auf die E-Mobilität und dabei völlige Verkennung ökonomischer Zusammenhänge
- E-Ladesäulen – staatliche Auflagen für Versorgungsniveau und staatlicher Ausbau
- Tempolimit 130 km/h

## Europapolitik

Der EU-Corona-Wiederaufbaufonds ist aus Sicht der SPD eine Solidarleistung, die den sozial-ökologischen Wandel vorantreibt und Innovationen fördert. Er stellt in der Interpretation der SPD einen dauerhaften Paradigmenwechsel in der europäischen Integration dar. Die damit verbundenen Mechanismen der gemeinschaftlichen Verschuldung, der Kredit- und Zuschussvergabe und die Schaffung europäischer Steuerhoheit sollen verstärkt werden. Die Verfasstheit der Eurozone und die dort geltenden Regeln scheinen für SPD keine Risiken mehr zu enthalten. Jedenfalls setzt man sich hier keine neuen Ziele. Wie es mit den Maastrichtkriterien weitergehen soll erfährt der Leser nicht.

Kernelement einer europäischen Wirtschaftspolitik soll eine langfristig angelegte Industriestrategie sein, mit der die Sozialdemokraten Planungssicherheit für die Wirtschaft schaffen wollen. Zukunfts- und Schlüsseltechnologien sollen geschützt werden, wenngleich die SPD ihre Auswahlkriterien nicht preisgibt. Für die meisten Unternehmen bedeutet dies Gewissheit, dass die Sozialdemokratie dem marktwirtschaftlichen Wettstreit um die besten Produkte und Ideen grundlegend misstraut. Diese Art der Planungssicherheit wird durch nahezu jeden europapolitischen Punkt des Programms unterstrichen. Aktuell offensichtliche technologische Trends sollen massiv gefördert werden. Zu groß sollten digitale Ideen und Unternehmen aber besser nicht werden, da diese zukünftig mit einer europäischen Digitalsteuer belegt werden sollen.

Man will gegen globale Plattformkonzerne vorgehen, wenn sie Monopolstellungen einnehmen. Abhilfe soll eine starke europäische Regulierung schaffen, mit der alternative Angebote gefördert werden. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht soll so umgestaltet werden, dass es präventiv und vorbeugend angewendet werden kann. Welcher Maßstab angelegt werden soll, um zukünftig Gut von Böse zu trennen, wird nicht ausgeführt.

Die Netzwerksicherheit wird als Motiv genannt, um die selbstbestimmte Entwicklung und Herstellung notwendiger Komponenten und Bauteile unabhängig von US- und chinesischen Herstellern nach vorne zu bringen. Das Beihilferecht soll so aufgeweicht werden, dass offensichtlich massive staatliche Förderszenarien möglich werden. Die SPD verweist zwar auf die globale Konkurrenz, verkennt aber völlig, dass sie mit einem solchen Schritt das längst überholte unfaire Wettfördern der EU-Mitgliedstaaten wieder heraufbeschwört.

Europa soll im Bereich Arbeit und Soziales erhebliche Kompetenzen hinzugewinnen. Man will eine europaweite Offenlegung von Gehältern. Ein Rechtsrahmen für europäische Mindestlöhne scheint nur ein Zwischenschritt. Geschaffen werden soll eine dauerhafte europäische Arbeitslosenrückversicherung sowie europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundsicherungssystemen. In welcher Form die vielfach mit individuellen Anwartschaften verknüpften nationalen Systeme europäisiert werden sollen, bleibt offen.

Die SPD will offensichtlich angesichts schwindender Nähe auf der nationalen Ebene europäische Betriebsräte stärken und deren Mitspracherechte in der Organisation der Unternehmen ausbauen und ihnen das Recht Tarifverhandlungen einräumen.

Der europäische Klimaschutz soll so ausgestaltet werden, dass die EU aus der CO2-Grenzabgabe maßgebliche Einnahmen generiert. Die damit vorprogrammierten handelspolitischen Verwerfungen zum Nachteil der deutschen Exportwirtschaft und ihrer Arbeiter werden nicht angesprochen.

Die europäische Handels- und Investitionspolitik ist für die SPD primär Vehikel um soziale und ökologische Standards in die Welt zu tragen. Ein klares Bekenntnis zum Freihandel wird nicht ausgesprochen. Das MERCOSUR-Abkommen scheint in der vorliegenden Form für Sozialdemokraten nicht zustimmungsfähig zu sein, wobei man sich vor einer eindeutigen Festlegung drückt. Ein Neustart mit den USA wird angestrebt, Großbritannien als besonderer Partner gesehen, von dem man aber offensichtlich primär zukünftig eine Schleifung sozialer Standards befürchtet.

Das Einstimmigkeitsprinzip soll in Steuerfragen und im Bereich der Außenpolitik abgeschafft werden.

## Unternehmensrecht

„Wir wollen Unternehmen unterstützen, für die der Sinn ihrer wirtschaftlichen Aktivität und der langfristige Bestand ihres Unternehmens wichtiger sind als der kurzfristige Gewinn. Dazu werden wir eine nationale Strategie für die Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen entwickeln. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, wie zum Beispiel für Genossenschaften und Unternehmen in Verantwortungseigentum, werden wir verbessern.“